

Oldenburger Universitätsreden

Nr. 16

Michael Daxner

Universität Oldenburg

eingebunden in
Wirtschaft und Gesellschaft
unserer Region?



**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
1988**

VORWORT

Das Jahr 1988 wird in der noch jungen Geschichte der Universität Oldenburg einmal ein wichtiges Jahr darstellen. Sollte diese vor 15 Jahren gegründete Universität im Nordwesten überleben - und allen derzeit hier lehrenden, forschenden und arbeitenden Personen ist dies ein Anliegen - dann deswegen, weil es 1988 endlich gelang, die Oldenburger Hochschule in Wirtschaft und Gesellschaft der Region einzubinden. Das dies letztlich so lange dauerte, hat viele Gründe. Ausschlaggebend für die wohl endgültige Annahme der Universität durch die Region - waren paradoxer Weise - die von der niedersächsischen Landesregierung in den vergangenen Monaten erneut angesetzten Versuche, durch drastische Kürzungen im Haushalt und im Fächerspektrum der Hochschule die Existenzgrundlage zu entziehen. Diese Absicht, von den in der Universität Verantwortlichen in ihren Auswirkungen für die Region mit Nachdruck analysiert, fand den geschlossenen Widerstand der in den Parteien und regionalen Einrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung Tragenden.

Michael Daxner, amtierender Präsident der Universität Oldenburg, hat in zwei Vorträgen die Bedeutung der Universität Oldenburg für die Nordwest-Region dargestellt. Seine Ausführungen können all denen eine Argumentationshilfe sein, denen es ein Anliegen ist, die Universität Oldenburg in ihrer Existenz endgültig zu sichern und als Einrichtung der Region zu dem verdienten Ansehen zu führen.

Oldenburg, im Mai 1988

Friedrich W. Busch

MICHAEL DAXNER

*Universität Oldenburg eingebunden in Wirtschaft und Gesellschaft unserer Region?**

Sehr geehrte Herren!

Sie haben mir eine Frage gestellt, und ich weiß, daß von meiner Antwort auch abhängt, wie sich die Verbindung zwischen Universität und Wirtschaft in unserer Region weiter gestalten wird. Ich habe im ersten Jahr meiner Amtszeit nicht nur versucht, die Bindungen und Verbindungen unserer Universität in der Region mit zu gestalten. Ich habe mich auch bemüht, die bisherige Einbindung zu verstehen. Dazu gehört es auch, Entwicklungen der Vergangenheit selbstkritisch oder aber auch kritisch distanziert zu analysieren. Ich will mich heute nicht mit einer oberflächlichen Darstellung der vielfältigen Einzelbeziehungen, die zwischen Teilen der Universität und Teilen der Region stattfinden, aufhalten. Ich will einige grundsätzliche Erklärungsmuster aufzeigen und daraus auch Perspektiven entwickeln.

Sie sind alle Wirtschaftstreibende. Es muß Ihnen genauso wie mir an einer deutlichen Sprache gelegen sein. Wir dürfen uns, unabhängig davon, ob wir gleicher oder geteilter Meinung sind, nicht mit Lippenbekenntnisse begnügen, die immer wieder die Wichtigkeit der regionalen Einbindung und der Kooperation betonen. Unser Prüfstein ist nicht nur, wie solche Kooperation funktioniert, sondern auch, zu welchem Zweck und mit welcher Perspektive der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stattfindet.

* Vortrag vor der Gesellschaft Union Oldenburg am 21.09.1987

Meine Darlegungen werden zunächst an einem Beispiel zeigen, wie schwierig die Bewertung der Funktion von Hochschulen ist, und wie wichtig es ist, sich der Realität genauer zuzuwenden, damit man nicht von gefälligen Vorurteilen geblendet wird. Danach werde ich über vier Formen der Einbindung sprechen, nämlich die politische, die kulturelle, die ökonomische und die psychologische. Hier werde ich jeweils eine Bilanz ziehen, auch um deutlich zu machen, daß der regionale Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft immer ein Prozeß ist, der keinen abgeschlossenen Status erreichen kann und für den es sehr unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Standards gibt.

In einem weiteren Abschnitt werde ich über die regionale Bedeutung unseres Forschungskonzeptes sprechen und darüber, daß regionale Einbindung nicht provinziell sein darf, und daß die Region nur ein Blickpunkt universitärer Aktivität ist.

Zum Abschluß werde ich Perspektiven entwickeln, die sich speziell an Sie als Unternehmer und Kaufleute richten. Es ist für uns wichtig, daß beide Seiten wissen, was sie voneinander erwarten können und was nicht.

Zunächst ein Lehrstück: Seit über einem Jahr geistert durch die politische Debatte das Problem des "ranking", also einer Rangliste von Universitäten bzw. Fachangeboten, geordnet nach Qualität oder öffentlicher Anerkennung; dieses System wird in den USA seit vielen Jahren mit zweifelhaftem Erfolg betrieben. Sowohl in einer qualitativen Liste der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsgänge als auch bei einer Befragung von Personalchefs schneidet unser wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereich sehr schlecht ab. Diese Ergebnisse wurden in führenden Tageszeitungen und Fachzeitschriften kommentarlos abgedruckt. Es ist niemanden aus dem sonst so kritischen Wirtschaftslager aufgefallen, daß der

Maßstab für die erste Erhebung unter anderem die Anzahl der Publikationen seit 1965 war, also einen Stichtag mehr als 10 Jahre vor der Einrichtung des Fachbereichs annahm, dessen Ausbau und Aufbau erst jetzt seinen Zielzahlen entsprechen wird. Und von den befragten Personalchefs, die meistens ihren Herkunftsuniversitäten gute Noten haben, mußten die meisten auf Hinterfragen zugestehen, daß sie keine der von ihnen kritisierten Universitäten jemals betreten haben und nur Gerüchte weitergeben. Ich stelle dieses Lehrbeispiel an den Anfang meines Vortrags, weil ich doch davon ausgehen muß, daß ökonomische Entscheidung und wirtschaftliche Bewertungen mit der nötigen Sachkenntnis getroffen werden. Wieso können sich die Repräsentanten der Wirtschaft solche Urteile erlauben? Wieso ist niemand von den Oldenburger "Handelsblatt"- oder "Capital"-Lesern für unsere Universität in die Bresche gesprungen und hat einfach zu korrigierende Sachverhalte richtiggestellt? Haben diese für uns schwarzen Listen etwa Vorurteile bestärkt - oder ist das Interesse an der eigenen Hochschule gegenüber Beurteilungen von außerhalb der Region gar nicht so groß, wie wir uns das in der Universität erhoffen und erwarten? Dieses Lehrstück ist für mich auch deshalb wichtig, weil man ja vonseiten der Öffentlichkeit besonders hohe Ansprüche an wissenschaftliche Ethik und die Objektivität und Nüchternheit des wissenschaftlichen Urteils stellt. Der beschriebene Einzelfall sollte uns nachdenklich machen.

Nun aber zur Differenzierung der Einbindung der Universität Oldenburg in die Region. Natürlich ist die Universität von Anfang an eingebunden, die Frage muß sich nach der Qualität und den Tendenzen dieser Einbindung aufgliedern.

Ich beginne mit der politischen Integration. Die Gründung der beiden Universitäten Oldenburg und Osnabrück sowie der Ausbau der Fachhochschulen in der Nordwest-Region war nicht nur wirtschaftlich, sondern politisch der größte Regionalisierungsakt seit über 20 Jahren vonseiten der Lan-

desregierung in Hannover. Das bloße Vorhandensein einer Universität verändert jede Region. Hochschulpolitik wird zu einem Thema öffentlicher Auseinandersetzung, Parteien und Verbände beziehen zu ihren Erwartungen an eine neue Hochschule Stellung, die Zusammensetzung der Bevölkerung am Hochschulort ändert sich ebenso wie sich das Studienverhalten des Einzugsbereichs verschiebt. Mit dem Vorhandensein einer Hochschule ändert sich aber auch das Klima der öffentlichen Kommunikation: die Hochschulangehörigen mischen sich in regionale Angelegenheiten ein, berufen sich zum einen auf ihre wissenschaftliche Expertenrolle, zum anderen sind sie durch die Institution selbst legitimiert. Dadurch gibt es auch eine neuartige Konkurrenz zu den bisherigen regionalen Besitzern von Definitionsmacht, "den Meinungsmachern". An der Presseauseinandersetzung in der Gründungsphase kann man dies gut nachvollziehen. Ich denke, daß die politische Einbindung der Universität in das gesellschaftliche Umfeld des Norwest-Raums erfolgreich war, wir sind eine Universitätsregion. Was mir bisher zu wenig entwickelt erscheint, ist die Beteiligung der Universität an regionalpolitischer Entwicklungsplanung: wir haben nicht nur ein vielfältiges Beratungs- und Entwicklungsangebot hierzu, sondern wir sind auch ein politischer Faktor von Gewicht, wie vor allem die nächsten drei Einbindungsbereiche zeigen werden. Diesen Faktor muß man, insbesondere vonseiten der Gebietskörperschaften und Verbände, nutzen, wenn es gilt, die Benachteiligung der Region durch die Zentralregierung in Hannover auszugleichen oder zu kritisieren. Noch deutlicher: hier wollen wir mit unserem ganzen Gewicht von der Bezirksregierung, den Stadtverwaltungen und Landkreisen, aber auch von den Verbänden stärker gefragt und beteiligt werden - nicht zuletzt, um hier auch unsere praktische Kompetenz nachzuweisen.

Die kulturelle Einbindung erscheint mir überwiegend positiv und vielfältig geglückt zu sein: die Universität erfüllt nach-

weislich die Mehrheit der Ausbildungswünsche im wissenschaftlichen Bereich, die von der Region an sie herangetragen werden, wenn man das Prinzip der freien Wahl von Studiengang und Studienort berücksichtigt. Natürlich macht sich das Fehlen der Schlüsselfakultäten Medizin und Jura sowie von ingenieurwissenschaftlichen Studien deutlich bemerkbar, auf der anderen Seite ist die Auffächerung der geisteswissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Angebote sowie der Fort- und Weiterbildung gut geeignet, den Ausbildungsbedürfnissen der Region nachzukommen und eine stärkere Abwanderung in den Südosten des Landes oder über die Landesgrenzen hinweg zu verhindern. Das galt für die Zeiten extensiver Lehrerausbildung ebenso wie es heute gilt, wo Diplom- und Magisterstudiengänge den größten Anteil an der Ausbildung ausmachen. Diese bildungsökonomische Einbindung ist aber nur *ein* kultureller Faktor. Das Vorhandensein eines breiten Fachangebots bringt immer eine kulturelle Dynamik in die Region, die ohne Universität nicht denkbar wäre: mit mehr als 10.000 Universitätsangehörigen entsteht eine neue Form von Publikum und entstehen vielfältige kulturelle Produktionen und Aktivitäten auf allen Gebieten sowohl der offiziellen Kultur als auch dessen, was man ohne negativen Beigeschmack akademische Subkultur nennen kann. Hier findet auch ein viel stärkerer Austausch mit der Bevölkerung statt, als man auf den ersten Blick vermuten würde, gleichzeitig ist die universitäre Ausstrahlung in Schulen und andere Bildungseinrichtungen hinein nicht zu verkennen. Kongresse, Tagungen, Wissenschaftsberichterstattung, auch die Reputation des einen oder anderen wissenschaftlichen Namens tragen dazu bei, eine ganze Region mit bestimmten kulturellen Werten zu identifizieren, die vorher nicht vorhanden waren. Diese Einbindung, die immer auch ein kritisches Moment im Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit beinhaltet, wird sich mit Sicherheit weiter

entwickeln. Ihre Grenzen werden zur Zeit eher durch die verlangsamte Konsolidierung der Universität als durch öffentliche Gegnerschaft gesetzt. Hier allerdings sind auch Bereiche angesprochen, wo die Universität wesentlich mehr Aktivität und Aufmerksamkeit von der regionalen Öffentlichkeit erwartet, und wo ich in einem späteren Teil dieses Vortrags auch die Rolle des regionalen Mäzenatentums ansprechen muß.

Daten zur Entwicklung der Universität Oldenburg

Studenten:

1974/75		2.982
1984/85		8.893
1986/87	ca.	9.200

Hochschulhaushalt:

1976	rd.	31 Mio. DM
1984	rd.	80 Mio. DM
1986	rd.	85 Mio. DM
1987	rd.	87 Mio. DM
(davon Personalkosten)	rd.	66 Mio. DM

Kosten für Bau und Einrichtung der Neubauten

an den Standorten Uhlhornsweg und Wechloy **von 1980-1985**

Baukosten	242 Mio. DM
Kosten für Ersteinrichtungen	34 Mio. DM
insgesamt	276 Mio. DM

Studentische Ausgaben:

1986	ca.	67 Mio. DM
------	-----	------------

Finanzielle Wirkungen der laufenden Ausgaben:

1986 insgesamt	ca. 152 Mio. DM
davon für Oldenburg wirksam	ca. 110 Mio. DM

Arbeitsplätze

Bei der Universität beschäftigt:	ca. 1.300 Personen
zusätzlich über Drittmittel:	ca. 100 Personen

Forschungsmittel:

1984	ca. 4 Mio. DM
1986	ca. 6 Mio. DM

(Zusammenstellung: Arbeitsstelle DIALOG)

Die ökonomische Einbindung ist nun ambivalent zu bewerten. Es kommt darauf an, was man in der Öffentlichkeit bereit ist, als wirtschaftlichen Beitrag der Universität anzuerkennen: mit Recht wird auf den Zuwachs an Forschungsmitteln verwiesen, die Erfolge der Arbeitsstelle DIALOG in der Sphäre des Technologietransfers sprechen sich herum, und daß Hochschulen ein "Wirtschaftsfaktor" sind, wird auch akzeptiert. Welche ökonomische Bedeutung die Universität tatsächlich hat, mögen aber einige Zahlen belegen. Aus dem Landeshaushalt erhält die Universität Oldenburg ca. 90 Mio. DM, ein Großteil davon läuft über Löhne und Gehälter in den Konsum. Dazu kommen noch über 10 Mio. DM an Drittmitteln, über 60 Mio. DM an Konsumausgaben der Studierenden sowie die Sekundäreffekte einer so großen und arbeitsplatzintensiven Einrichtung, z. B. im Bereich des Wohnungsmarkts, der Dienstleistungsbetriebe und der Zulieferer. Eine aktuelle Schätzung summiert die Gesamtzuweisung aus der Universität in die Region auf ca. 200 Mio. DM per Jahr. Ich glaube, jetzt versteht jeder, welche verhee-

renden Auswirkungen die von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen im Hochschulbereich für unsere Region haben müssen: jeder Rückgang der Studentenzahlen, jede Einschränkung der universitären Forschungs- und Lehrtätigkeit wird unmittelbare Auswirkungen auf eine Region haben, die auf die Universität wirtschaftlich angewiesen ist. Andere Regionen mit starker industrieller Nachbarschaft profitieren zwar auch von Universitäten, sind aber nicht so existentiell darauf angewiesen, die Vergleichssumme für Göttingen beträgt nach unseren Berechnungen ca. 1,2 Milliarden DM pro Jahr.

Ich will Sie hier nicht weiter mit Zahlen belasten. Ich möchte nur ganz deutlich machen, daß sich die Wirtschaftsleistung der Universität auch dann zugunsten der Region ausgewirkt hat und weiterhin auswirkt, wenn der Universität Gegnerschaft oder Mißtrauen entgegengebracht wird - die Universitätsangehörigen leisten ihren Beitrag zur regionalen Wirtschaftsstruktur unabhängig von der Sympathie, die man ihnen entgegenbringt. Und hier appelliere ich besonders an Sie, diesem ökonomischen Faktor unabhängig von individuellen Vorlieben oder ideologischen Differenzen mit einzelnen Gruppen oder dem Erscheinungsbild der Universität Rechnung zu tragen. Dies ist eines der strukturpolitischen Fundamente einer langfristigen Kooperation.

Die psychologische Einbindung spielt möglicherweise bei einer Neugründung eine sehr viel größere Rolle als bei alten Universitäten. Wie wird die Universität Oldenburg angenommen? Alte Universitäten können sich oft kritikloser Reputation sicher sein, auch wenn sie längst nicht mehr das Niveau vergangener Alt-Heidelberger Glorie halten können. Bei uns ist es umgekehrt: es dauert viel zu lange, bis die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der Universität akzeptiert werden. Und da schleppen sich Vorurteile von Generation zu Generation: ich gebe einige Beispiele:

Lehrerausbildung ist uns wichtig, dennoch hat sich vielfach nicht herumgesprochen, daß wir eine Vielzahl von Diplom- und Magisterstudiengängen auch in Bereichen haben, wo es überhaupt keine Lehrerausbildung gibt. Dies ist das Beispiel eines sachlichen, durch noch bessere Informationspolitik leicht zu behebbenden Vorurteils.

Aber wie steht es mit dem psychologisch so außerordentlich sensiblen Bereich der politischen Bewertung der Universität? Die Universität Oldenburg hat sich von Anfang an einem bestimmten Konzept von Hochschulreform und von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung zugeordnet. Dieses Selbstverständnis ist oft mit der pauschalen Abkürzung "links" benannt worden, wobei man sich dann natürlich im klaren sein muß, daß alle Nicht-Reform-Hochschulen "rechts" wären - und damit wäre jede Diskussion zu Ende. Ein politisches Schlagwort, das für sich niemandem weh täte, wird unversehens zu einem Qualitätsurteil über die Leistungen der Universität. Tatsache ist, daß die wissenschaftliche Qualität quer durch alle politischen Überzeugungen streut, und daß alle politischen Überzeugungen, unabhängig von ihrer hochschulpolitischen Stärke, in der Universität vertreten sind. Hier wird zum Teil negative Imagepflege gerade von denen betrieben, die unserer Universität ein besseres Image hablicherzig wünschen. Sicher haben einzelne Vorkommnisse an der Universität auch dazu beigetragen, hier Vorurteile zu verfestigen. Aber wir dürfen doch als Universität verlangen, daß man uns mit der gleichen Differenziertheit behandelt, wie wir die Wirtschaft nicht gerade an den Wirtschaftskriminellen oder Steuerhinterziehern messen. Es wäre zu einfach, sich darauf zurückzuziehen, daß es überall schwarze Schafe gibt, darum geht es gerade nicht. Es geht vielmehr um die Anerkennung, daß ein hochschulpolitisches Konzept, das vielleicht ein bißchen deutlicher als anderswo ist, gleichwohl in der Lage ist, wissenschaftlich gute bis beste Leistungen zu erbringen, unabhängig davon, ob die Abnehmer mit einzelnen

politischen Anschauungen der wissenschaftlichen Produzenten übereinstimmen. Das, was wir Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung nennen, hat vielfache Erfolge gebracht, die ja auch Ihnen bekannt sind. Es gibt zwei Grenzfälle, an denen wir zu messen sind: wir betreiben keine Rüstungsforschung und wir nehmen keine unzumutbaren, weil nicht leistbaren Forschungsanträge an. Ansonsten ist unsere Offenheit uns selbst wichtig: Unsere selbstgesetzten Ansprüche sind etwa, anwendungsbezogen zu forschen, wissenschaftliche Entwicklungen auch ökologisch zu durchdenken und gesellschaftlich verantwortliche wissenschaftliche Beratung durchzuführen. Die Forschungserfolge können Sie an der Hannover-Messe, an der CEBIT oder an der Arbeit der Arbeitsstelle DIALOG beim Technologietransfer ebenso ablesen wie beispielsweise an unseren weithin bekannten Schwerpunkten in der Meeresforschung oder der Stadtforschung. Die wissenschaftlichen Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Kooperationsvertrag mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund sind der gesamten Region zugute gekommen. In den Geisteswissenschaften, die zu oft in den Schatten gestellt werden, werden Forschungen betrieben, die zusammen mit Naturwissenschaftlern etwa der Restauration der Akropolis, dem Kölner Dom, aber auch der Haaren und dem Jadebusen zugute kommen. Unbestreitbar gibt es auch Bereiche, wo wir unseren selbstgesetzten Ansprüchen nicht genügen oder an uns herangetragene Erwartungen enttäuschen müssen, manchmal müssen wir sie auch zurückweisen, entweder, weil uns die wissenschaftliche Kompetenz fehlt - sie haben einen Anspruch auf Wahrhaftigkeit - oder weil es einzelne Wissenschaftler oder die gesamte Universität nicht mit der wissenschaftlichen Ethik vereinbaren können, die für uns verbindlich ist. Aber gerade hier sehe ich auch eine Chance, uns wechselseitig für Kritik und Bewußtseinskorrekturen zugänglich zu machen. Ich behaupte, daß das erfreulich ange-

wachsene ökologische Bewußtsein auch in Wirtschaftskreisen ohne eine solche gegenüber der Wissenschaft kritisch-offene Haltung sich nicht hätte herausbilden können. Ähnliches gilt für viele Bereiche der Technologiefolgenabschätzung, sowohl im Hinblick auf ökologische Entwicklungen als auch auf die Arbeitsplatzentwicklung.

Ich bin nicht hierher gekommen, um Ihnen einfach eine Erfolgsbilanz werbend vorzustellen. Dazu wird es andere Gelegenheiten geben, zum Teil sind Sie ja über die Entwicklung der Universität informiert. Zum Problem der Einbindung gehört es notwendig, die gegenwärtige Situation mit angestrebten Zukunftsperspektiven zu verbinden. Allgemein bedeutet das, daß ich Sie als eine wichtige Gruppe von regionalen Repräsentanten um Ihre Mithilfe bitte, wenn es darum geht, die Universität vor Schaden durch die derzeitigen kurz-sichtigen und auch unwirtschaftlichen Kürzungen zu bewahren. Aber hier möchte ich auf jede große hochschulpolitische Erklärung verzichten, und an einigen Einzelbeispielen zeigen, wie ich mir in Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft eine engere Verbindung vorstelle. Dem vorausschicken möchte ich meine Überzeugung, daß jede Universität, aber eine neue ganz besonders, auf großzügiges Mäzenatentum und auf eine Förderung angewiesen ist, die nicht gleich die Belohnung für ihre guten Taten postwendend einfordern kann.

Beispiel 1:

Die ganze Region nimmt Anteil, wenn bedeutende Wissenschaftler oder Tagungen der Universität Oldenburg Aufmerksamkeit verschaffen. Die Universität Oldenburg hat kein im Stadtgebiet gelegenes Gästehaus, wie das andere Universitäten seit Jahren, und zum Teil mit erheblicher finanzieller Unterstützung von Bund und Ländern bzw. Universitätsfördergesellschaften haben. Unsere Universitätsgesellschaft ist noch nicht alt, sie hat bisher Erhebliches gelei-

stet, kann aber natürlich bei ihren derzeitigen Mitteln ein solches Vorhaben nicht in Angriff nehmen. Wenn ich meinen Gedanken freien Lauf ließe und von jedem der 400 größten Wirtschaftsbetriebe der Region eine einmalige Zahlung von DM 1.000,- für diesen Zweck mir vorstelle, so könnte ein selbstbewirtschaftetes Gästehaus der Universität eine nicht nur für ihre Außendarstellung notwendige Infrastruktureinrichtung beschieren. Vielleicht geht es viel einfacher, weil jemand von Ihnen ein günstiges Objekt in der Stadt für diesen Zweck kennt ...

Beispiel 2:

Sie werden gehört haben, daß die Finanzlage uns zwingt, Zeitschriften in größerem Umfang abzubestellen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß für manche Fächer periodische Zeitschriften noch wichtiger sind als einzelne Bücher, können Sie sich den Schaden leicht ausrechnen - und in einigen Jahren wird man fehlende Exemplare zu überhöhten Preisen nachkaufen müssen. Das eine oder andere Abonnement zu spenden, wäre ein großzügiger Akt des Mäzenatentums.

Beispiel 3:

Wieviele Planungs- und Entwicklungsaufträge oder auch Analysen werden heute noch aus der Region an weit entfernt liegende Forschungsinstitute vergeben, obwohl die Universität die Kompetenz zur Bearbeitung hat. Ein Anruf oder ein Termin mit der Arbeitsstelle DIALOG kostet nicht viel und bringt vielleicht eine regionale Kooperation, die dann auf vertrautem Boden Erfolg haben kann, wo andere erst erkunden müssen.

Beispiel 4:

Unsere Universität unterhält viele internationale Kontakte, unter anderem eine Partnerschaft mit der Universität Gro-

ningen und der Universität Torun. Mit Torun verbindet uns unter anderem ein wissenschaftliches Interesse am Denkmalschutz, das für viele von Ihnen die Möglichkeit gibt, kulturellen Austausch sachlich und materiell zu unterstützen.

Sie werden jetzt vielleicht unruhig fragen, ob ich meinen Bericht nicht doch unzulässig in eine Werberede umfunktioniere. Die Gefahr besteht nicht, wie Sie gleich sehen werden, obwohl ich natürlich um Unterstützung für die von mir geleitete Universität überall, nicht nur bei Ihnen, mit guten Gründen bitten muß. Sie wissen, daß "fund-raising", also das Einwerben von Mitteln, zu den wichtigsten Aufgaben der Leitung der so erfolgreichen amerikanischen Universitäten gehört ... Aber ich will mit meinem Beispiel auf etwas anderes heraus: die vier genannten Exempla zeigen zunächst nur die Universität als Begünstigte. Und viele Aktivitäten ähnlicher Art werden möglich, wenn die Universitätsgesellschaft Oldenburg gestärkt wird, nicht nur durch Beiträge und Spenden, sondern auch dergestalt, daß sie ein öffentliches Forum des Austausches zwischen Universität und den an ihr interessierten Personen bietet. Es gibt aber in diesem Zusammenhang einen Bereich, von dem ich meine, daß der Nutzen für Sie als Repräsentanten der Wirtschaft mindestens ebenso hoch ist wie für die Universität, wenn nicht höher:

1. Jeder einzelne Universitätspräsident oder Rektor kann sich mit Unterstützung der regionalen Verbände dafür einsetzen, daß das Stiftungssteuerrecht, ein Bundesrecht, zugunsten wissenschaftsorientierter Stiftungen geändert wird. Dies ist eine Forderung, die von allen Interessengruppen, die die Wissenschaft öffentlich unterstützen möchten, seit langem erhoben wird.
2. Die Universität bietet zunehmend Veranstaltungen oder Studiengänge an, die der Weiterbildung oder Fortbildung von Berufstätigen dienen. Wir werden auch sehr sensibel darauf reagieren, wenn Anforderungen an neue Bereiche

dieser Weiter- und Fortbildung an uns gestellt werden. Nutzen Sie selbst die Angebote oder geben Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gelegenheit, diese zu nutzen: Sie können sich dann unmittelbar von der Qualität und Praxisorientierung vieler dieser Angebote überzeugen.

3. Im Rahmen unserer vielfältigen Kontakte sind wir froh darüber, bereits Lehrbeauftragte aus unterschiedlichen Bereichen gewonnen zu haben, so etwa aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern, der Gewerkschaften oder der Banken. Ich denke, daß es für viele von Ihnen einen Anreiz bieten müßte, direkt mit Studierenden über die Lehre in Kontakt zu kommen und zugleich die Differenz zwischen dem Wirtschaftsleben und der Wissenschaftsproduktion in Ihrer eigenen Person zu verarbeiten.

Sie sehen, hier im Bereich der praktischen Perspektiven sind unserer Zusammenarbeit keine Grenzen gesetzt. Ich denke, daß bei allen kritischen Einzelmomenten des Verhältnisses der Universität Oldenburg zu Ihrer Region die Offenheit der Universität für solche Perspektiven überprüfbar ist und auch zunehmend akzeptiert wird. Lassen Sie mich aber eines zum Schluß sagen: Wir sind für die Region da, und wir sind die Universität des Nordwestens. Mit Bescheidenheit und Selbstbewußtsein wollen wir diese Rolle auch wahrnehmen, dabei aber nicht vergessen, daß sich die Produktion von Wissenschaft, die Ausbildung und Forschung, niemals auf die Erwartungen und Bedürfnisse einer Region allein beschränken dürfen. Wir sind, wie andere Universitäten auch, Teil einer universalen und mit strengen Regeln versehenen wissenschaftlichen Welt. Unser Beitrag zur Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung ist einer, der sich nicht nur nach Erwartungen oder nach der Bequemlichkeit der Problemlösung richten kann, sondern nach den wirklichen Verhältnissen. Daß diese wirklichen Verhältnisse in unserer Region aber genauso gut wie anderswo zu studieren sind, haben viele meiner Beispiele gezeigt. Wenn unsere Universität dazu

beitragen kann, die Umwelt unserer Region lebenswerter zu gestalten, die Wirtschaftsstruktur dieser Region vor Verarmung zu schützen und daran mitzuwirken, daß wir nicht nur wissenschaftliche Erkenntnis bewahren und weitergeben, sondern auch der Entwicklung neuen Wissens eine gute Einrichtung geben, dann wird die Einbindung der Universität Oldenburg in diese Region noch besser. Ich spreche gerne von unserer Region und würde es begrüßen, sprächen Sie häufiger von Ihrer Universität Oldenburg. Durch diese Universität werde ich die Gesellschaft Union, wenn Sie das wünschen, gerne persönlich führen.

MICHAEL DAXNER

*Die Bedeutung der Universität Oldenburg für die Nordwest-Region**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die Einladung und werde also über die Bedeutung unserer Universität für die Nordwest-Region sprechen. Lassen Sie mich ganz kurz über den Rahmen, in dem diese Rede gehalten wird, nachdenken.

Das Erscheinungsbild der Freien Demokraten ist in der Wissenschaftspolitik nicht weniger vielfältig als in anderen Politikbereichen. Auch in der Geschichte der letzten 20 Jahre zeigen sich erhebliche Bandbreiten an Auffassungen und politischen Entscheidungen. Es war Ralf Dahrendorf, der "Bildung als Bürgerrecht" zu einem entscheidenden Bündnisbegriff für die verschiedenen Fraktionen der demokratischen und technokratischen Bildungsreform Ende der 60er Jahre prägte; von ihm stammt auch das Bild, daß man nicht eine Torte (die Universität) unversehrt lassen und zugleich davon essen kann. Aber es war auch Hans-Dietrich Genscher, der mit seinen Vorstellungen zum privaten Bildungswesen ganz andere und kontroverse Perspektiven aufzeigte, und schließlich sorgt der derzeitige Bundesminister Möllemann für Ansätze, die mit der Bildungsreform von vor 20 Jahren teilweise sehr wenig zu tun haben. Andererseits weist gerade er auf den Zusammenhang zwischen Bildung/Wissenschaft und Kultur besonders intensiv hin. Persönlich kenne ich die wissenschaftliche Arbeit der Liberalen

*

Vortrag beim Dreikönigstreffen der FDP, Bezirksverband Oldenburg, am 06.01.1988

auch aus mehrfachen Begegnungen in und mit der Friedrich-Naumann-Stiftung, wobei ich vor allem in den USA die liberale Vielfalt von deren Gründungsidee verspürt habe.

Ich denke, daß es unvermeidlich ist, in einem Referat zur Hochschulpolitik auch über Verantwortlichkeiten zu sprechen. Ihre Partei trägt im Lande Niedersachsen und im Bund entscheidende Mitverantwortung für die Bereiche Wissenschaft und Forschung. In Niedersachsen ist eine, vielleicht nicht gewollte, aber jedenfalls faktische Konkurrenz zwischen dem Wirtschaftsminister und seinen Technologiekompetenzen und dem Wissenschaftsminister unverkennbar. Auf Bundesebene wiederum ist es das verständliche Bemühen von Minister Möllemann, mit seinem Ministerium nicht den Anschluß an die wissenschaftlich-technische Strukturierung der Zukunft zu verlieren, wo diese sehr stark und wie selbstverständlich vom Bundesminister für Forschung und Technologie besetzt ist. Und so muß sich Ihre Partei natürlich die Frage gefallen lassen, was sie unternimmt, um einen belegbaren und in weiten Bereichen heute bereits nachvollziehbaren Abbau wissenschaftlicher Kapazitäten zu verhindern. Ich werde diese Frage nicht abstrakt-politisch oder gar parteipolitisch stellen, sondern sie wird implizit in meinen Ausführungen zur Regionalpolitik und ihrem Bezug zur Universität Oldenburg erkennbar sein.

Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, vor der "Gesellschaft Union" ein Grundsatzreferat über die regionale Einbindung der Universität Oldenburg zu halten.¹ Dabei hatte ich die Absicht, die unterschiedlichen Dimensionen dieser Einbindung genauer zu entfalten: politische Integration, kulturelle Einbindung, psychologische Akzeptanz und die ökonomische Bedeutung wurden dargestellt. Ich hatte es nicht bei einer einfachen Erfolgsbilanz belassen, sondern die Erfolge qua-

¹ Der Wortlaut ist in diesem Heft abgedruckt; vgl. S. 3-16

litativ und quantitativ beschrieben, vor allem aber das, was noch zu wünschen übrig und was noch zu tun ist, sehr genau beim Namen genannt. Ich werde in meinem heutigen Vortrag weitergehende Perspektiven entwickeln. Das erscheint mir auch wegen der grundsätzlich angelegten Bedeutung Ihrer traditionellen Dreikönigs-Treffen angemessen.

Daten zur Entwicklung der Universität Oldenburg

Studenten:

1974/75		2.982
1984/85		8.893
1986/87	ca.	9.200

Hochschulhaushalt:

1976	rd.	31 Mio. DM
1984	rd.	80 Mio. DM
1986	rd.	85 Mio. DM
1987	rd.	87 Mio. DM
(davon Personalkosten)	rd.	66 Mio. DM

Kosten für Bau und Einrichtung der Neubauten

an den Standorten Uhlhornsweg und Wechloy **von 1980-1985**

Baukosten		242 Mio. DM
Kosten für Ersteinrichtungen		34 Mio. DM
insgesamt		276 Mio. DM

Studentische Ausgaben:

1986	ca.	67 Mio. DM
------	-----	------------

Finanzielle Wirkungen der laufenden Ausgaben:

1986 insgesamt	ca.	152 Mio. DM
davon für Oldenburg wirksam	ca.	110 Mio. DM

Arbeitsplätze

Bei der Universität beschäftigt:	ca.	1.300 Personen
zusätzlich über Drittmittel:	ca.	100 Personen

Forschungsmittel:

1984	ca.	4 Mio. DM
1986	ca.	6 Mio. DM

(Zusammenstellung: Arbeitsstelle DIALOG)

Sie können diesen Angaben entnehmen, daß die Universität insgesamt einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor darstellt, daß sie eine Größenordnung erreicht hat, in der es auch wichtig ist, ihren kulturellen und demographischen Einfluß auf die Region zu gewichten. Es ist leider kein billiger Kalauer, wenn ich sage, Stadt und Region würden erst sehen, was sie verloren haben, wenn es die Universität nicht gäbe; aber *was* die Universität uns und der Region "wert" ist, muß erst einmal "gelernt" werden.

Zunächst möchte ich das Augenmerk auf die *Forschung* richten.

Die Forschung an einer neuen Universität, die aus einer Pädagogischen Hochschule hervorgegangen ist, bedarf selbstverständlich einer längeren Aufbauperiode. Auf der einen Seite müssen sehr frühzeitig *Schwerpunkte* gesetzt werden, auf der anderen Seite müssen *alle* Fächer ihre entsprechenden Forschungsgebiete entwickeln können, um an den wichtigsten und aktuellsten Entwicklungen ihrer Disziplinen teilnehmen zu können; das ist auch für die Lehre von Bedeutung. In dieser Hinsicht hat die Universität Oldenburg eine sehr positive Entwicklung genommen. Schon 15 Jahre nach ihrer Gründung rangiert sie, was die personenbezogene Forschungsleistung betrifft, im guten Mittelfeld der bundesrepublikanischen Hochschulen, dies schlägt sich im übrigen

auch auf die Arbeitsmarktrelevanz in ausgewählten Fächern nieder, wo Oldenburg einen guten Mittelrang einnimmt.²

Aber was bedeutet das Forschungsprofil einer Universität für die Region? Es kommt zunächst darauf an, dieses Profil qualitativ aus den wissenschaftlichen Perspektiven der Hochschule zu erklären und seine Bedeutung für das Erkennen und die Lösung gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Probleme deutlich zu machen. Danach muß abgeschätzt werden, welche Impulse von der Forschung einerseits in die Lehre, andererseits in die mehr oder weniger unmittelbare Umgebung der Hochschule abgegeben werden bzw. welche Impulse aufgegriffen werden. Schließlich hängt die Attraktivität der Hochschule von der Forschung selbst in erheblichem Maße ab, d. h. daß ein gutes Forschungsprofil die Universität für Neuberufungen interessant macht. Es spricht für die Universität Oldenburg, daß ein höchst qualifizierter Wirtschaftswissenschaftler, an den ein Ruf ergangen ist, seine Bereitschaft signalisiert hat, nach Oldenburg zu kommen, obwohl die Ausstattung wenigstens in den nächsten Jahren hinter dem zurückbleiben wird, was ihm z. Z. an einer süddeutschen Universität zur Verfügung steht. Schließlich ist das Forschungsprofil auch wichtig für die regionale Akzeptanz und den Einfluß der Hochschule auf Regionalplanung und Regionalpolitik. Darüber will ich nun im einzelnen sprechen.

Der Forschungsbericht für die Jahre 1984 bis 1986 konnte in diesen Tagen vorgelegt werden.³ Im Berichtszeitraum wurde in 390 Forschungsprojekten gearbeitet, wobei wir Wert darauf gelegt haben, strenge Maßstäbe an die Aufnahme in den

2 Müller-Merbach, Heiner u.a.: Akademiker im Wettbewerb oder: Welches sind die besten Universitäten? In: *technologie & management*, 37, 1987, 4, S. 30 - 40.

3 Universität Oldenburg - Der Präsident - (Hg.): 3. Forschungsbericht 1984 - 1986. Oldenburg 1987.

Bericht anzulegen. Etwa 40 % der Projekte liegen im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik, 60 % in geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, wobei die Sozialwissenschaften mit 21 % eine besonders bemerkenswerte Rolle spielen. Der Anteil der drittmittelfinanzierten Projekte lag im Berichtszeitraum bereits bei 51 %, das Drittmittelvolumen hat sich um mehr als 70 % erhöht. 1986 beträgt das durchschnittliche Finanzvolumen eines neubewilligten Projekts 162.000 DM gegenüber nur 92.000 DM im Jahre 1984.⁴ Diese Entwicklung hat sich im Jahr 1987 fortgesetzt, die neuesten Zahlen dazu kann ich Ihnen in einigen Wochen präsentieren. Soweit zur quantitativen Seite. Nun aber zur qualitativen Seite.

Man wird den vielen Fächern, Fachgebieten und Spezialbereichen kein Unrecht tun, wenn man aus der Vielzahl von Forschungsvorhaben einige besonders profilierte Bereiche hervorhebt, in denen Anzahl, Umfang und Wirkung der Projekte eine besondere Strukturierung erkennen lassen. Ich zähle diese relevanten Bereiche auf und verweise zugleich darauf, daß außerordentlich wichtige Einzelprojekte hier nicht genannt werden können.

Im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften ist die *Bildungsforschung* traditionell gut vertreten, *Kunstgeschichte*, *regionale Musikkultur* und *Sonderpädagogik* sind hervorzuheben. *Regionalforschung*, *Stadtforschung*, *Arbeitsmarktforschung* sowie Projekte im Bereich der *Frauen- und Familienforschung* stellen anerkannte Forschungsfelder unserer Universität dar. In den Wirtschaftswissenschaften tritt verstärkt die *Ressourcen- und Umweltökonomie* hervor, die auch ein gutes Beispiel für die Verbindung von Natur- und Sozialwissenschaften darstellt. Die Dimension der naturwissenschaftlichen Forschungsvorhaben ist erheblich größer zuge-

4 Vgl. dazu Abb. 2 u. 3 im Anhang.

schnitten, hier sind hervorzuheben die *Energienutzung*, die terrestrische *Ökologie*, die *Meeres- und Wattforschung*. Der letztgenannte Bereich hat auch zur Gründung des *Institut für die Chemie und Biologie des Meeres* (IBCM) im Oktober 1986 geführt. Hier wird ein überregional ausstrahlender Schwerpunkt sein Zentrum an der Universität Oldenburg haben. Der besonders attraktive neue Fachbereich *Informatik* hat von Anfang an seine Forschungsperspektiven betont.

In vielen Projektbereichen wird die Grundlagenforschung durch Auftragsforschung bis hin zur Entwicklungsreife ergänzt. Die positive Auftragsbilanz vor allem durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie ist ein wichtiges Indiz dafür. Ohne daß forschungsethische und gesellschaftspolitische Grundsätze der Universität verletzt werden, ist eine erfreuliche Zunahme der Kooperation mit Wirtschaft und öffentlichen Auftraggebern zu verzeichnen, und zwar nicht nur auf der Ebene des unmittelbaren Technologietransfers. Die Arbeitsstelle DIALOG ist ein zunehmend akzeptiertes Instrument der Universität und der Fachhochschulen der Nordwest-Region, diese Transferleistung zu organisieren und zu erleichtern.⁵

Die Präsenz der Universität Oldenburg auf internationalen Messen, der Abschluß von Entwicklungsverträgen und Präsentation der Forschungsleistungen in regionalen Ausstellungen gehören zu den mittlerweile selbstverständlich akzeptierten Funktionen der Universität. Es ist zu hoffen, daß die Angebote stärker als bisher aufgegriffen werden, auf der anderen Seite sind viele psychologische Barrieren durch die bessere Information niedriger geworden. Ich muß aber ganz deutlich und nicht ohne Schärfe darauf hinweisen, daß dies kein einseitiger Prozeß ist, sondern daß wir von der regionalen Öffentlichkeit auch erwarten müssen, daß sie die Leistungen

5 Siehe dazu Abb. 4 im Anhang.

der Universität auch akzeptiert und sie mit Vorrang in ihre Überlegungen zur Beratung, Planung und Problemlösung einbezieht. Der Aufgeschlossenheit, die ich vielerorts gegenüber der Universität vermerke, steht oft ein Festhalten an eingefahrenen Vorurteilen gegenüber, das immer wieder die Position der Universität unnötig schwächt. Davon ist auch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst nicht frei, obwohl von dort eher verstärkte Inklinationen zugunsten einer realistischen Bewertung der Universität zu erwarten wären. Um es holzschnittartig kurz zu fassen: wir müssen gut und verantwortungsbewußt lehren, forschen und beraten, wir werden nicht für "Wohlverhalten", sondern für unsere Arbeit finanziert!

Der neueste Entwicklungsstand der Universität hat erheblich verstärkte Forschungsanstrengungen in relevanten Gebieten zu verzeichnen. Das ICBM habe ich bereits erwähnt. Vom neuen Fachbereich Informatik gehen selbstverständlich starke Forschungs- und Entwicklungsimpulse aus, die Vervollständigung des Lehrkörpers in den Wirtschaftswissenschaften macht auch hier das Forschungsspektrum breiter. Einzelbereiche, wie Forschungen zur Krankheit AIDS, oder der Aufbau eines Fachgebietes Interkulturelle Kommunikation zeigen, wie eng Forschung auch mit sehr aktuellen gesellschaftlichen Problemen verbunden ist.

In letzter Zeit haben sich auch zunehmend internationale Forschungsbeziehungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entwickelt, wobei das Programm ERASMUS (Studentenaustausch und Curriculumentwicklung) und das Projekt COMET (Kommunikationstechnologien) von der Universität gut rezipiert werden. Probleme sind selbstverständlich dort angesiedelt, wo die *Grundausrüstung* der Universität es oft nicht erlaubt, Forschungsprojekte in vollem Umfang zu akzeptieren, obwohl die wissenschaftliche Kapazität vorhanden wäre, oder wo befürchtet werden muß, daß Ersatz für veraltete Gerätschaften nicht geleistet wird. Be-

sonders deutlich müssen aber zwei sehr gefährliche Tendenzen angesprochen werden: zum einen ist die Landesregierung nicht bereit, die *regionalen Disparitäten* so weit zu berücksichtigen, daß der Nordwestregion mit ihren beiden Neugründungen eine bevorzugte Behandlung zukommt: Die scheinbare *Gleichbehandlung* mit den wesentlich besser strukturierten Industrie- und Wissenschaftszentren im Osten des Landes bedeutet de facto eine schwer zu korrigierende *Benachteiligung*. Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie verstärkt Forschungszentren in unsere Region, konkret an unsere Universität, umleitet, und sei es auch zu Lasen einer Platzierung im bisher bevorzugten Osten des Landes. Und wir erwarten, zum anderen, von der Landesregierung, daß sie die auch vom Wissenschaftsrat und anderen unabhängigen Stellen festgestellte Unterausstattung der Universität im Personalbereich, vor allem im Bereich der Infrastruktur und des wissenschaftlichen Nachwuchses, korrigiert.

Auf die fatalen Auswirkungen der derzeitigen Kürzungspolitik werde ich noch zu sprechen kommen. Um ein letztes Problem im Bereich der Forschung anzusprechen: Sehr oft wird die unzureichende Information über die Universität Oldenburg bewußt ausgenutzt, um ihre Forschungsleistung abzuwerten oder zu ignorieren. Vielleicht ist auch hier in der Vergangenheit eine gewisse Schuld bei der Universität zu suchen, wenn sie es nicht verstanden hat, diese Leistung selbstbewußt *und* selbstkritisch zugleich zu präsentieren. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, daß uns jede externe Überprüfung unserer Leistungsfähigkeit, etwa durch den Wissenschaftsrat, auch dann willkommen ist, wenn sie verschiedene Entwicklungen kritisch beurteilt. Das ist ein besseres Indiz für Wettbewerbsfähigkeit als abstrakte Anerkennung oder pauschale Ablehnung. Auch hier sind Sie als Vertreter der Region gefordert, uns zu unterstützen.

Der Personalbereich bedarf einiger Erläuterungen:

Es ist selbstverständlich, daß die Universität Oldenburg in den Jahren ihres Aufbaus erhebliche Personalzuwächse erhalten mußte, um eine wissenschaftliche Hochschule mit breitem Fächerspektrum und einer Mehrzahl von neuen Disziplinen überhaupt werden zu können. Deshalb ist es nicht nur unfair, sondern auch unlogisch, wenn diese Zuwächse, die die Universität Oldenburg in den letzten Jahren erhalten hat, nun zum Argument genommen werden, daß gerade dieser Universität besondere Lasten auferlegt werden. Die Auseinandersetzung um eine wenigstens mittelfristig erträglich personelle Ausstattung macht nicht nur das derzeitige Verhältnis zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Universität zwangsläufig problematisch, sie gefährdet auch die Kontinuität der Anziehungskraft unserer Universität auf Studierende und Forschungsvorhaben. Wenn z. B. durch die derzeit drohenden Kürzungen Stellen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, der Rechtswissenschaften, der Informatik, der Physik und der Soziologie für längere Zeit nicht besetzt werden können, dann bedeutet dies eine irreparable Schwächung dieser Bereiche, die sich allesamt stärkster Nachfrage und bester Forschungsperspektiven erfreuen; wenn in anderen Fächern so weit Stellen gestrichen wurden und weiterhin gestrichen werden, daß zwar mittelfristig die Lehre gerade noch, innovative Forschung aber kaum mehr betrieben werden kann, dann nenne ich dies verantwortungslos.

Wenn schließlich ganze Teilbereiche nachwuchsstellenfrei gekürzt werden, dann ist dies der mit Sicherheit unvernünftigste Weg, die niedersächsische Wissenschaftslandschaft zu konsolidieren. Mir ist völlig klar, daß jede Regierung - in welcher politischen Zusammensetzung auch immer - sparen muß. So problematisch es ist, im Wissenschaftsbereich überhaupt zu sparen, so ist es doch an der einen oder anderen Stelle möglich. Das kann aber nur auf der Ebene eines landesweiten Konzeptes geschehen. Zur Zeit verfährt aus-

rechnet Niedersachsen mit seinem enormen Nachholbedarf genau umgekehrt: jetzt werden unerträgliche, aber unstrukturierte Kürzungen von den einzelnen Hochschulen verlangt, während eine entsprechende Strukturkommission noch nicht zu arbeiten begonnen hat.

In einigen Bereichen kann die Funktionsfähigkeit nur mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufrechterhalten werden, was ein anderes Beispiel für die problematische Ausstattungspolitik des Landes ist.

Damit habe ich ein weiteres Stichwort angesprochen: nämlich die Arbeitslosigkeit in unserer Region. Ich habe immer vermieden, unsere Region als "strukturschwach" zu bezeichnen, weil diese negative Selbstzuschreibung falsche Assoziationen auslöst. Die Strukturproblematik der Norwest-Region ist nicht die einer funktionslos gewordenen Industrielandschaft wie in Teilen des Ruhrgebiets, und es gab auch keine im großen Stil gescheiterte Industrialisierungspolitik (mit Ausnahme einiger Einzelbetriebe) wie an der unteren Elbe, sondern es gab schlicht zu wenig positive, landschafts- und bevölkerungsgerechte Strukturpolitik. Da helfen keine beschönigenden Politikerreden. Es ist eine Tatsache, daß die Nordwest-Region seit über 20 Jahren von der Landesregierung völlig vernachlässigt wurde. Die Bedeutung der Region können Sie an einigen relevanten Graphiken im Anhang nachvollziehen.

Das Fazit ist ganz eindeutig: In den letzten drei Jahren stagniert das Hochschulbudget für die Nordwest-Region, obwohl in diesen drei Jahren die regionalen Disparitäten im Wissenschaftsbereich thematisiert wurden, obwohl das Thema Vehta die politischen Gemüter erhitzt hat, obwohl gerade die Universität Oldenburg nachdrücklich ihren Anspruch angemeldet hat, Teil der regionalen Strukturpolitik zu sein und deshalb überproportional Berücksichtigung zu finden. Wenn wir auf der anderen Seite die Bevölkerungsprognose für die (deutsche) Bevölkerung betrachten, dann ist der Bedarf für

unsere Region noch erheblich nachdrücklicher anzumelden. Sie werden verstehen, daß ich auch von Ihrer Partei mehr als nur Lippenbekenntnisse in dieser Richtung erwarte, weil ich davon überzeugt bin, daß hier der Wirtschaftsminister innovative Schwerpunkte setzen kann, denen sich das Wissenschaftsministerium nicht verschließen wird. Es gehört allerdings Mut dazu, die bislang privilegierte Region um Hannover um die eine oder andere wissenschaftliche Einrichtung zu erleichtern, wenn nicht Neugründungen möglich sind. Dieser Mut kann aber gestärkt werden, wenn man die einigende Kraft der vorgetragenen Ansprüche in der Region beachtet: hier haben wir ein gutes Beispiel, wie regionaler Konsens Differenzen zwischen den politischen Parteien wenigstens partiell zu überwinden in der Lage ist.

Ein anderer Strukturfaktor, der damit zusammenhängt, liegt in den Studentenzahlen. Längst erfolgen die Zuwächse in den Studentenzahlen nicht mehr überwiegend im Bereich der Lehrerausbildung, obwohl Oldenburg hier noch die besten Kombinationsmöglichkeiten für alle Schularten in Niedersachsen vorweisen kann. Mittlerweile studieren 9.000 ordentliche Hörerinnen und Hörer sowie mehrere Hundert außerordentliche Gasthörerinnen und Gasthörer an unserer Universität. Die Attraktivität des Standorts ist ungebrochen und soll auch weiter erhalten bleiben. Daß dies nur möglich ist, wenn das Lehrangebot in der jetzigen Breite aufrechterhalten wird und in einigen Bereichen ausgebaut wird, versteht sich von selbst. Hier müssen wir die bereits eingetretenen und weiterhin zu befürchtenden Kürzungen als Bedrohung der gesamten Universität empfinden. Es war für mich eine regionalpolitische Enttäuschung, daß Mitte des vergangenen Jahres die von mir angeregte Regionalkonferenz zur Lage der Wissenschaften im Nordwesten nicht zustande gekommen ist, weil die Vertreter der Regierungskoalition meinten, die Situation für die Universität Oldenburg werde nicht so schlimm, und auch wir müßten unseren Solidarbeitrag leisten.

Der Solidarbeitrag darf unter keinen Umständen darin bestehen, Studentenzahlen in unserer Region zu reduzieren. Denn anders als in den Großstädten und im dicht besiedelten Bereich Ostniedersachsens sind Studenten hier nicht nur für die Universität selbst, sondern für die gesamte Wirtschaftsstruktur der Region ein wesentlicher Faktor. Wenn ich noch einmal die Zahl in Erinnerung rufe: allein die Studierenden der Universität Oldenburg lassen mehr als 60 Millionen DM an unmittelbaren konsumptiven Ausgaben in Stadt und Region. Sie können sich leicht ausrechnen, was der Abbau von Studentenzahlen in dieser Hinsicht bewirken müßte. Abgesehen davon ist die gesamte Entwicklungskonzeption der Universität auf starke Studiengänge mit flexiblen Studentenzahlen ausgerichtet. Wir sollten nicht in den Fehler verfallen, immer nur zyklisch den Studiengängen mit aktueller Konjunktur nachzulaufen, zu einer Universität gehört es auch, Studienangebote über Nachfrageflauten hinweg zu erhalten, zum Nutzen der wissenschaftlichen Qualität. Die Erweiterung des Studienangebots, im grundständigen wie im weiterbildenden Bereich, ist ebenfalls nicht abgeschlossen, und wir dürfen die Ziele in den juristischen und medizinischen Fächern nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluß ein ganz spezielles Problem ansprechen, für das ich bei Ihrer Partei offene Ohren erwarte. Es ist in der Bundesrepublik nicht möglich, alle Elemente des angelsächsischen Wissenschaftssystems zu übernehmen. Aber es ist doch bedauerlich und bestürzend, wie wenig privates Engagement den Hochschulen zugute kommt. Wenn über *Stiftungen* heute gesprochen wird, dann denkt man meistens an die Stiftung ganzer Lehrstühle oder riesiger Forschungsprojekte. Ich denke, die Wissenschaft als Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Kultur hat auch einen Anspruch auf private Förderung, auf jenes uneigennützig

Mäzenatentum, von dem es in Amerika so treffend heißt: Es ist eine Schande, reich zu sterben. Universitäten sind darauf angewiesen, ihren Bestand nicht nur aus dem Haushalt und durch Drittmittel zu erhalten und zu erweitern, sondern ihn durch *Spenden* zu ergänzen. In allgemeiner und leicht zugänglicher Weise kann dies durch die *Universitätsgesellschaften* geschehen, wir brauchen aber auch einzelne Spenden für *besondere Vorhaben*, wir sind dankbar für die Überlassung von *Nachlässen* und *Bibliotheken*, wir wollen darin anderen Universitäten gleichkommen, daß man uns bei der Beschaffung und Erhaltung von *Wohnraum* für wissenschaftliche Gäste unterstützt - und Sie können sicher sein, daß diese Universität sich nicht der Anerkennung für diese Art von Zuwendung versagen wird. Gerade die unabhängige und freie Verwendung solcher Zuwendungen ist ja ein Zeichen für die Souveränität, mit der die Wissenschaft ihre Autonomie rechtfertigt und erhält.

Es wird auch an der Unterstützung durch Sie, meine Damen und Herren, und durch Ihre Partei, liegen, wie weit die Universität Oldenburg ihren guten Weg in dieser schwierigen Zeit fortsetzen kann.

Autor

MICHAEL DAXNER (1947)

Dr.phil., Prof., Präsident der Universität Oldenburg seit 1986

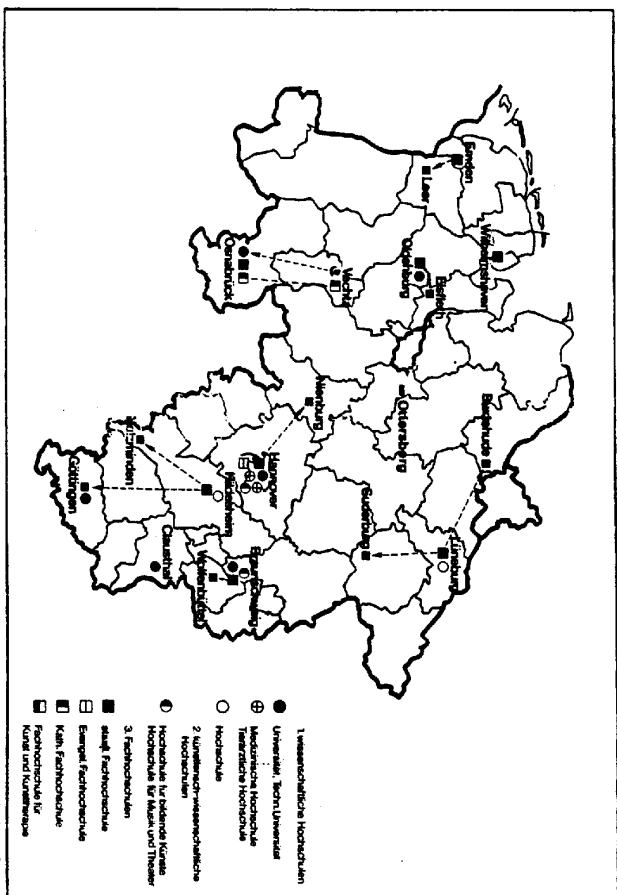
Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972
Promotion zum Dr. phil.

1971-1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung. Kommission für Hochschulplanung beim
BMWF. Vertreter bei OECD-CERI Projekt IMTEC (Paris)
und bei EUDISED (Europarat, Straßburg). Ernennung zum
Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnab-
rück. 1983-1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985-
1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissen-
schaften der Universität Osnabrück.

Verzeichnis der Abbildungen:

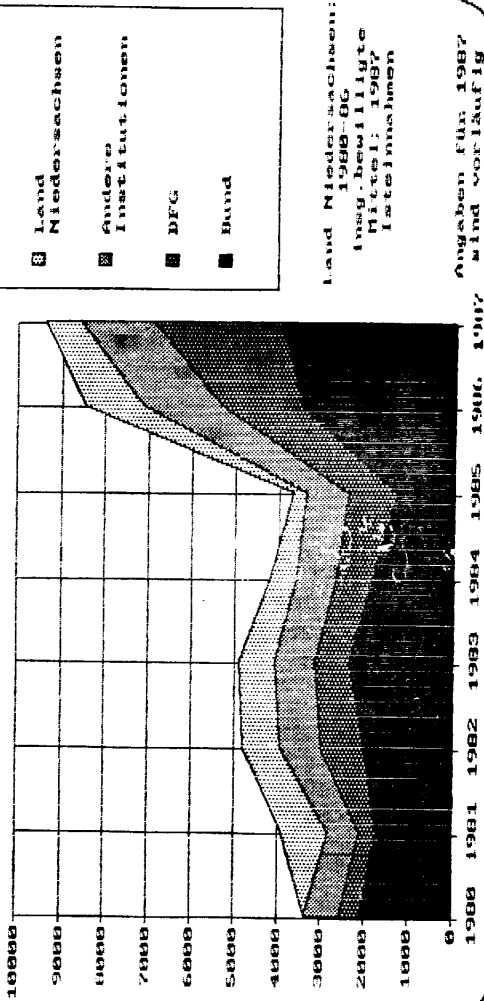
- Abb. 1: Hochschulen in Niedersachsen
- Abb. 2: Drittmiteleinahmen für Forschungsvorhaben
durch die Universität Oldenburg in den Jahren
1980 - 1987 (in Tsd. DM)
- Abb. 3: Drittmiteleinahmen durch die Universität
Oldenburg im Jahr 1987
- Abb. 4: Funktionsschema der Arbeitsstelle DIALOG
- Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen
nach Regierungsbezirken
- Abb. 6: Ausgaben des Landes Niedersachsen für Hoch-
schulen (Haushalt des Ministeriums für Wis-
senschaft und Kunst) nach Regierungsbezirken

Hochschulen in Niedersachsen



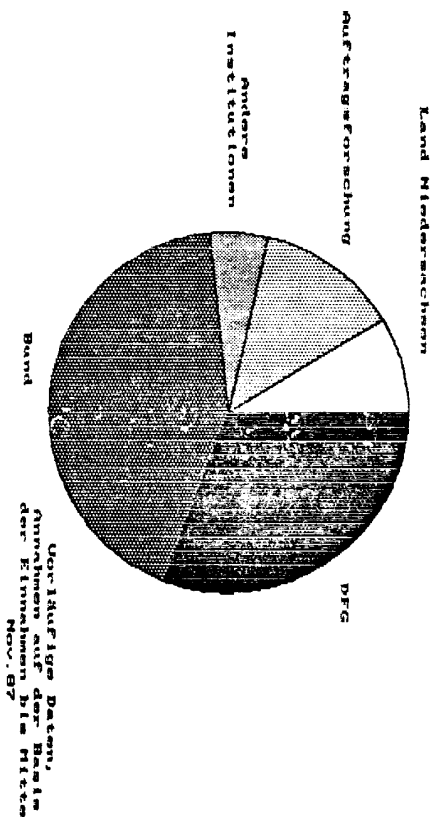
Quelle: Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst (Breg.): Statistik 84 des Bereichs Wissenschaft und Kunst, Hannover o. J., S. 18

Abb. 2
Drittmitteleinahmen für
Forschungsvorhaben (in Tsd. DM)



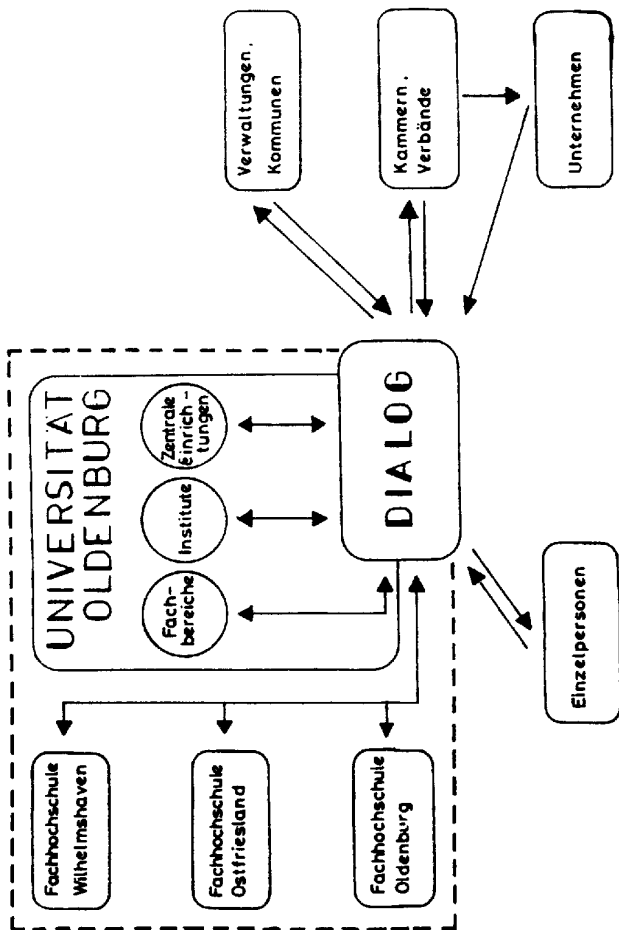
Quelle: Universität Oldenburg, Dezernat Planung und Statistik, Januar 1988

Abb. 3 **Drittmiteileinnahmen im Jahr 1987**



Quelle: Universität Oldenburg, Dezernat Planung und Statistik, Oldenburg 12/87

Abb. 4 Funktionsschema der Arbeitstabelle Dialog



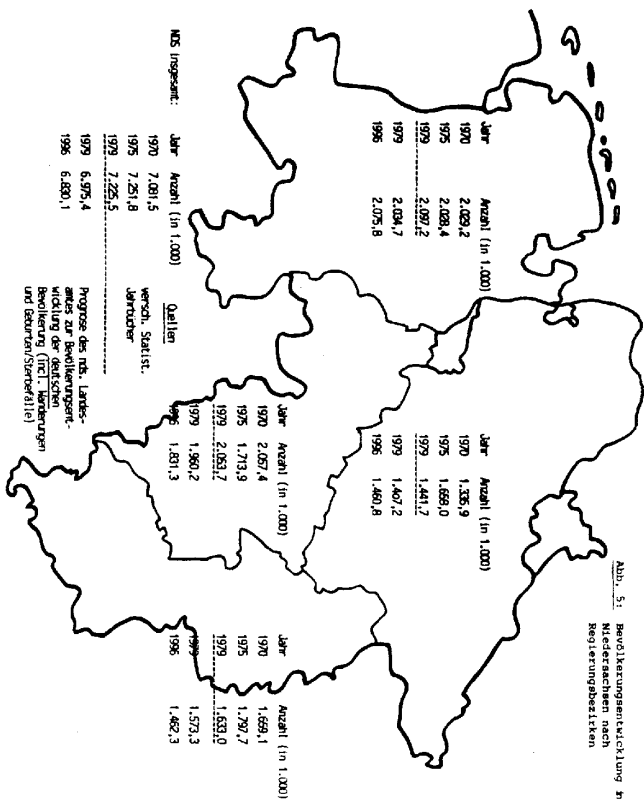
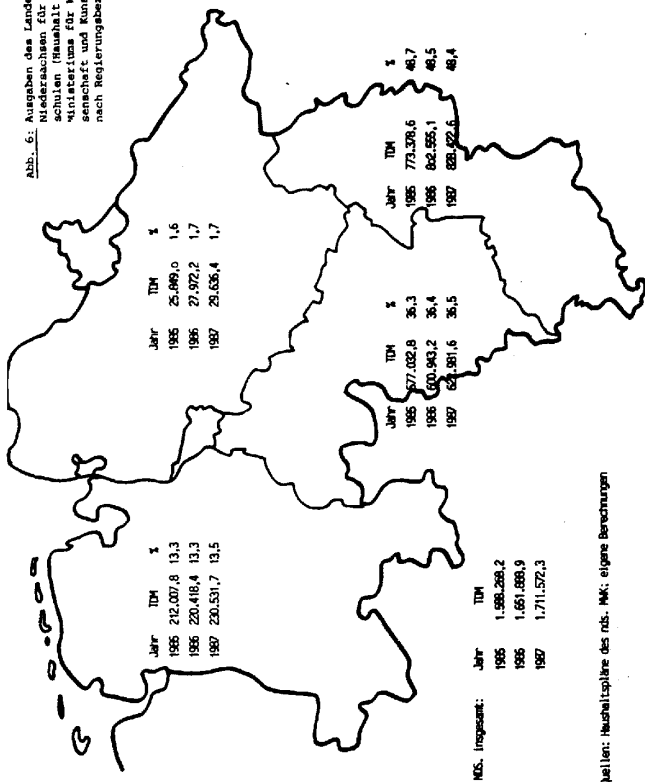


Abb. 6: Ausgaben des Landes Niedersachsen für Hochschulen (Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst) nach Regierungsbezirken



Quellen: Haushaltspläne des nbs. MK; eigene Berechnungen